

Bern, 9. Mai 2012
Medienmitteilung

Nein zur Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Der Bundesrat stellt sich heute in seiner Botschaft klar und deutlich hinter den Volksentscheid zur Fristenregelung und sagt Nein zur Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“. Diese Initiative will, dass „Frauen ihre Abtreibungen selber bezahlen sollen“. Mit „Blick auf die Gesundheitskosten“ und aus „moralischer und ethischer Sicht“ soll ein Schwangerschaftsabbruch in Zukunft nicht mehr von der Grundversicherung übernommen werden. Das Schweizer Stimmvolk hat im Jahr 2002 mit 72 % Ja-Stimmen die Fristenregelung angenommen. Diese Vorlage beinhaltete auch die Zahlungspflicht der Krankenversicherung. Das wollen gewisse Kreise jetzt ungeachtet des klaren Volksurteils wieder abschaffen, mit falschen Argumenten.

Am 2. Juni 2002 hat das Schweizer Stimmvolk mit 72 % Ja-Stimmen die Fristenregelung klar angenommen. Versteckt hinter finanzpolitischen Argumenten wollen gewisse ultrakonservative Kreise dieses klare Volksurteil wieder in Frage stellen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Schweiz mit ihrer frauenfreundlichen liberalen Regelung erreicht hat, dass wir mit 6,8 Abbrüchen auf 1'000 Frauen im Alter von 15 - 44 Jahren weltweit eine der niedrigsten Schwangerschaftsabbruchraten verzeichnen.

Die vom Komitee genannten Gesamtkosten von 20 Mio. Franken für Schwangerschaftsabbrüche sind stark übertrieben. Im Jahr 2010 betrug die Zahl der Abbrüche an in der Schweiz wohnhaften Frauen 10'641. Tendenz sinkend. Die Kosten belaufen sich auf vernachlässigbare 0,02 Prozent der gesamten Gesundheitskosten. Weiter wären die Kosten einer Geburt oder die Kosten von Folgeschäden bei verpfuschten Abbrüchen weitaus höher. Das finanzielle Argument ist dementsprechend haltlos und entbehrt jeglicher Grundlage. Die männliche Verantwortung bei einer ungewollten Schwangerschaft wird von den Initianten völlig ausgeblendet.

Daher hat sich ein überparteiliches Komitee zusammen mit Fachleuten (s. unten) gebildet, um diese absurde Initiative zu bekämpfen.

Kontakt

- + Anne-Marie Rey, Schwangerschaftsabbruch-Infostelle, Tel. 031 911 28 30, arey@svss-uspda.ch
- + Lea Kusano, SP-Vertreterin, Tel 076 568 27 51, leakusano@me.com
- + Claudine Esseiva, FDP-Vertreterin, Tel 078 801 99 99, esseiva@fdp.ch

Arbeitsgruppe:

Suleika Baumgartner (Grüne Schweiz), Barbara Berger (Zentralsekretärin SP-Frauen Schweiz), Anita Coting (Geschäftsführende Direktorin Sexuelle Gesundheit Schweiz), Claudine Esseiva (Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz), Helene Huld (Frauenärztin FMH, APAC-Suisse), Lea Kusano (SP-Stadträtin Bern), Stéphanie Mörikofer (ehem. FDP-Regierungsrätin AG), Ursula Nakamura-Stoeklin (Schweiz. Verband für Frauenrechte), Marie Perriard (ehem. Leiterin Familienplanungsstelle Fribourg, Sexuelle Gesundheit Schweiz), Anne-Marie Rey (Schwangerschaftsabbruch-Infostelle, ehem. SVSS), Susanne Rohner (Sexuelle Gesundheit Schweiz), Babette Sigg (Präs. CVP-Frauen Schweiz), Rosmarie Zapfl (alliance F)

www.svss-uspda.ch